Zeitschrift: Pädagogische Blätter: Organ des Vereins kathol. Lehrer und

Schulmänner der Schweiz

Herausgeber: Verein kathol. Lehrer und Schulmänner der Schweiz

Band: 4 (1897)

Heft: 4

Artikel: Zur Schulfrage [Schluss]

Autor: Erni, A.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-526069

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pädagogische Bläkker.

Vereinigung

bes "Schweiz. Erziehungsfreundes" und ber "Babagog. Monatsichrift".

Grgan

des Wereins kath. Kehrer und Schulmänner der Schweiz und des latweizerischen kathol. Erziehungsvereins.

Einstedeln, 15. Febr. 1897.

Nº 4.

4. Jahrgang.

Redaktionskommission :

Die H. H. Seminarbirektoren: F. X. Runz, Histirch, Luzern; H. Baumgartner, Jug; Dr. J. Stößel, Rickenbach, Schwhz; Hochw. H. Leo Benz, Pfarrer, Berg, At. St. Gallen; die Herren Reallehrer Joh. Gschwend, Altstätten, At. St. Gallen, und Cl. Frei, zum Storchen in Einsiedeln. — Einsendungen und Inserate find an letzteren, als den Chef-Redaktor, zu richten.

Abonnement:

Erscheint monatlich 2 mal je ben 1. u. 15. bes Monats und koftet jährlich für Vereinsmitglieber 4 Fr.; für Lehramtskandibaten 3 Fr.; für Richtmitglieber 5 Fr. Bestellungen bei ben Berlegern: Eberle & Rickenbach, Verlagshandlung, Einsiebein. — Inserate werben die Igespaltene Petitzeile ober beren Raum mit 30 Centimes (25 Pfennige) berechnet.

Bur Schulfrage.

— Von A. Erni, Erziehungsrat. — (Shluß.)

Der Staat ist aus einem Bedürfnisse entstanden. Sein Entstehen verdankt er einerseits dem Umstande, daß der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist, anderseits wurde er gegründet zur persönlichen Sicherheit und Wohlfahrt der einzelnen Glieder. Sein Vorbild ist die Familie. Er hat für seine Existenz wie für das Wohl der Gesamtheit und des einzelnen Bürgers zu sorgen. Ob nun hieraus das Recht auf die Schule, der Schulzwang abzuleiten sei? Einige bejahen, andere verneinen es.

Unbestreitbar ist die Schule ein mächtiger Faktor, die Existenz des Staates zu erhalten und sein Gedeihen zu fördern, und sie würde jedensfalls ohne die Schule in Frage gestellt sein. Der Staat kann daher von seinen Untertanen ein bestimmtes Bildungsminimum verlangen. Wenn nun der Staat in diesem Sinne den Schulzwang einführt, so wolsten wir ihm das Recht dazu nicht absprechen. Aber aus dem Schulzwang resultiert noch kein Recht auf das Schulmonopol; vielzwehr hat der Staat nur ein nebengeordnetes Recht auf die Schule; vor ihm sind Elternhaus und Kirche. Man kann das Recht des Staates auf die Schule auch herleiten, hervorgegangen aus einem Kontrakt zwischen ihm und Elternhaus. Indem letzteres den heutigen Ansorderungen nicht genügen kann oder auch nicht will, überträgt es gewisse Pflichten, hauptsfächlich den Unterricht, dem Staate.

Der Staat hat also nur ein beschränktes Recht auf die Schule; er übernimmt gewisse Pflichten der Eltern. Wenn er aber im Auftrage eines andern handelt, so hat er den Willen des Auftraggebers zu vollziehen und darf nicht ganz nach eigenem Ermessen handeln. Wir können dies an einem Beispiele veranschaulichen. Eine Privatperson will ein Haus bauen. Sie hat aber weder die technischen Kenntnisse und Fertigkeiten, noch Lust, die Bauleitung und Durchführung selber zu übernehmen. Daher läßt sie sich durch einen Architekten die nötigen Pläne ansertigen. Der Baugeber selber aber gibt die Direktiven betressend Größe, Materialverwendung, Kosten zc. Der Unternehmer hört auf die Wünsche des Baugebers. So verhält es sich auch mit dem Staate als obersterm Schullehrer. Die Eltern, denen doch das Kind gehört, haben das Recht, zu sagen, nach welchen Hauptgrundsähen ihr Kind erzogen und unterrichtet werden soll, ob z. B. die Schule konsessions oder konsessionell sein soll.

Da der Staat jedenfalls nur das Recht hat, ein bestimmtes Bildungsminimum vom einzelnen Individuum zu verlangen, dieses aber ebenso gut durch Privatunterricht oder in Privatschulen, als in in der Staatsschule erreicht werden kann, so hat der Staat kein Recht auf das Schulmonopol.

Wenn die Kirche sagt, sie könne ihre Aufgabe betr. Unterricht und übernatürlicher Erziehung nur dann erfüllen, wenn die Schulen konsessionell seien, ferner die Lehrmittel, der Lehrer und die Führung der Schule gewissen Bedingungen entsprechen müssen, so ist dieser Einwand ebenfalls zu hören; denn ihr Anrecht auf die Erziehung der Kinder ist älter, als dasjenige des Staates.

Aus diesen Aussührungen geht hervor, daß wir dem Staate das Recht des Schulzwanges nicht bestreiten, wohl aber das Schulmonopol, daß aber der Staat bei der Einrichtung und Haltung der Schule die Interessen der Kirche und des Elternhauses berücksichtigen soll. Diese Forderung, nur etwas schärfer, drückt ein preußisches Regulativ vom Jahre 1854 aus mit den Worten: "Die Schule ist die Tochter der Kirche und die Gehülfin der Familie."

Wir resumieren:

Die Eltern haben ein natürliches und göttliches Recht auf die Erziehung ihrer Kinder.

Die Kirche hat ein gleiches Recht auf die übernatürliche Erziehung und den Unterricht in den Heilswahrheiten.

Der Staat hat das Recht, von seinen Bürgern ein bestimmtes Bildungsminimum zu verlangen, und da dies nur durch polizeiliche Be= stimmungen erreicht wird, so hat er das Recht, den Schulzwang einzuführen, nicht aber das Monopol.

Wenn wir im vorigen! die rechtliche Seite der Schulfrage untersucht haben, so wollen wir in folgendem die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie bei uns in der Schweiz bestehen, darzustellen suchen.

Durch Urt. 27 der B.-Berf. hat sich der Bund ein gewisses Kontrolrecht vorbehalten; im übrigen ist die Volksschule unter einigen Einschränkungen Sache der Kantone. Artikel 27 lautet:

"Der Bund ift befugt, außer der bestehenden polytechnischen Schule, eine Universität und andere höhere Unterrichtsanstalten zu errichten oder solche Anstalten zu unterstützen.

Die Rantone sorgen für genügenden Primarunterricht, welcher ausschließlich unter staatlicher Leitung stehen joll. Derselbe ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.

Die öffentlichen Schulen sollen von den Angehörigen aller Befenntniffe ohne Beein-

trächtigung ihrer Blaubens: und Bemiffensf eiheit bejucht werden tonnen.

Gegen Kantone, welche biefen Berpflichtungen nicht nachkommen, wird ber Bund bie nötigen Berfugungen treffen."

hierans geht hervor:

daß die Rantone verpflichtet find, für genügenden Primarunterricht zu sorgen, daß dieser Unterricht unter staatlicher Leitung stehen soll (sowohl der private als der öffentliche),

daß der Unterricht in den öffentlichen Schulen unentgeltlich fei und ohne Beeine trächtigung der Glaubense und Gewissensfreiheit besucht werden fann.

Die Primarschule ist also der Hauptsache nach den Kantonen belassen. Aber wir sinden doch seit 1874 das Bestreben, die Kantone in ihren Rechten betr. Schulsachen zu schmälern und den Bund zu stärken. Die Schule sollte allmählich den Kantonen entzogen und dem Bunde ganz unterstellt werden. Den Anfang machte ein Matthias Schmidli von Ruswil mit seinem bekannten Lehrschwestern=Rekurs im Jahre 1880. Nach langen Untersuchen und Beratungen wurde entschieden, die B.=Verf. enthalte keine Bestimmung, welche Ordenspersonen im allgemeinen von dem Lehramt an öffentlichen Schulen ausschließe.

Aber der gleiche Bund beschützte den Beschluß der Regierung von Baselstadt, durch welchen die Schulen der Schulbrüder aufgehoben wursten. Daraus ist ersichtlich, daß es den Kantonen überlassen ist, über Zulassung von Ordenspersonen an öffentlichen Schulen zu entscheiden.

Im Jahre 1882 kam das Progromm Schenk zum Vorschein, welsches als das eigentliche Schulprogramm der radikalen Partei zu betrachsten ist. Dieses, nach dem französischen Programme von Paul Bert entworfen, wollte mit dem bisherigen Systeme ganz aufräumen und die Schule ausschließlich dem Bunde übertragen. Aber das Programm Schenk kam zum Falle, bevor es nur recht das Licht der Welt erblickt hatte. Der 26. November 1882 schmetterte es nieder.

Dann gab es etwas Ruhe in Schulsachen. Um 20. Juni 1892

stellte Nat.-Rat Curti die Motion, ob nicht in Aussührung des Urt. 27 der B.=Verf. die Kantone finanziell zu unterstüßen, und ob nicht durch Bundesbeiträge die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in den Primarschulen. einzuführen sei.

Nach diesem Borgefechte erschien sofort wieder Bundesrat Schenk' mit einem zweiten Programm. Dieses sollte sich durch Geldgeschenke des Bundes, Subventionen, die Wege ebnen und das Volk zur Annahmebestimmen. Bundesrat Schenk sagte sich mit Göthe:

"Du lieber Kanton, tomm, halt's mit mir! Gar schöne Spiele spiel' ich mit dir; Banknoten soll'n flattern durch's ganze Land, Helvetia gibt dir vom gulden Gewand."

Aber der Schöpfer des Programmes erlebte nicht dessen Verwirklichung. Ist mit dem Schöpfer auch das Programm gestorben? Nein. Bestanntlich ist der schweizerische Lehrerverein der Träger der Schenk'schen Idee geworden, und die Sache wird nicht ruhen, besonders deshalb nicht, weil die Versechter ein klingendes Interesse daran zu haben vermeinen.

Wie wir vernehmen, soll im Laufe des Winters noch ein Borstoß gemacht werden. Zwar glauben besonnene Politiker, nachdem der Bundverschiedene Niederlagen erlitten habe, sei es nicht opportun, sogleich mit der Schulsubvention zu kommen. Aber die Ruhigen im Lande werden auch diesmal wieder von den Nabiaten geschoben werden. (Ist bereitswie geschehen! Die Red.) Täuschen wir uns nicht! Die Schulfrage wirdkommen. Man bietet den Kantonen zunächst Geld an, zum Zwecke, die Schulen zu fördern. Außen macht alles ein unschuldiges Gesicht; aber bald werden wir vom Bunde den Sat hören: "Wer zahlt, besiehlt." Schauen wir deshalb vor, rüsten wir uns im Frieden auf die Tage des Kampses.

Wenn auch die gegenwärtigen Verhältnisse nicht ganz befriedigende sind, so wollen wir sie doch den Dingen, die nachkommen und jedenfallsweit schlimmer sein würden, unbedingt vorziehen. Wir werden aber auch nicht aushören, unter gegenwärtigen Umständen stets unser gutes Recht zu fordern. Die Ansprüche von Elternhaus und Kirche auf die Erzieheung der Jugend sind ewige. Wer nicht nachgibt, gewinnt, und deshalbwerden wir unsere Forderungen stellen, bis sie befriedigt werden. Wir verlangen als Katholiken und als Schweizerbürger:

Die konfessionelle Schule und die Freiheit des Schule= haltens; die privaten Schulen sollen wie die öffentlichen gewährleistet sein. Jeder, der sich über die Befähigung auß= weist, soll das Recht haben, Schule zu halten, trage er dann meinen langen oder kurzen Rock, die Rutte oder die Uniform, ben Schleier oder die Haube.

Wir verlangen ferner, daß den Geistlichen Zeit eingeräumt werde für Erteilung des Religionsunterrichtes und den Kinzdern für Ausübung ihrer Religion, daß die übrige Schulführung der religiösen Überzeugung keinen Eintrag tue, sondern im Gegenteil dieselbe fördere.

Auch verlangen wir, daß in den Lehrbüchern nichts vorkommen dürfe, was uns und unfere Glaubensbrüder herabmindere und entwürdige.

Meine Herren! Wir kämpfen um unser Schmerzenskind, die Schule; das Schmerzenskind ist stets ein Herzenskind. Die Schule ist des Kampfes wert. Treten wir also vereint in die Neihen unter dem Ruse:

Die freie Schule im freien Staate!

Religion und Sittlichkeit in der Schule.

von P. Leo sübscher, O. S. B., Engelberg.

"Ich halte dafür, daß man den Kindern keine Lehren vortragen soll, welche sie möglicherweise später zu verwerfen sich veranlaßt sehen. Man kann den sittlichen Unterricht vom religiösen trennen, ohne Schaden für den letzteren. Die Kinder haben das unveräußerliche Recht der Religionsfreiheit, das Recht, ihre Religion sich selbst zu wählen; dieses Recht sollte man einmal respektieren lernen. Allerdings glaube ich, es sei angezeigt, das religiöse Gefühl der Kinder sehr früh zu wecken, aber ohne ihnen irgend welche spezisisch religiösen Lehren beizubringen."

Welcher Lefer der "Blatter" wird fich angesichts diefer Sate eines ernften Ropfschüttelns enthalten können? Rlingt es nicht unglaublich, daß irgend ein vernünftiger Mann fo etwas gefragt haben follte? Dennoch sind diese Worte aus dem Munde eines Badagogen, des Professors Felig Alder von New-Port, gefommen und vielfach nachgedrukt worden. Sie enthalten auch nichts anderes, als die Grundanschauungen unserer Freunde der Schent'ichen Schulvorlage. Mit allen Mitteln foll darauf hingear= beitet werden, daß wir eine ichweizerische Staatsschule, b. h. eine reli= gionslose Schule erhalten. Denn der Staat, der überhaupt feine Religion offiziell anerkennt, fann natürlich auch in seiner Schule keine solche anerkennen. Es find nun gerade die Bereinigten Staaten Amerikas, welche dieses Programm unter den gunftigften Berhaltniffen ichon feit Jahren durchgeführt haben. Wir fragen daher mit Recht: "Entspricht Der Erfolg in Amerika den gehegten Erwartungen?" Untwort lautet: "Reineswegs!" Nicht nur Ratholifen und Protestanten, jondern felbst ungläubige Eltern und Schulmanner machen ihrem Rum-